

Vorab - wie viele Millionen zahlt Deutschland jährlich ?

wie viel zahlt Deutschland in 2003 an Kriegsreparationen ?
in den Jahren vor dem Euro waren es 22 – 25 Millionen DM

wie viel zahlt Deutschland in 2003 in die EU ein ?
in den Jahren vor dem Euro waren es ca. 50 - 55 Millionen DM

Woher kommt das Geld:

- aus der Steuerbelastung, welche NICHT im eigenen Land REinvestiert wird (damit keine Schaffung von Arbeitsplätzen oder Reparaturen von öffentlichen Gebäuden und Straßen,)

Zur Frage der Entwicklung / Zukunft:

kein Land kann durch die internationalen Verknüpfungen für sich alleine stehen.

Daher sind gerade schwächere Länder massiv von Problemen / Zeiten der Rezession der starken / industriellen Ländern betroffen und stürzen noch stärker / härter als die starken Länder ab.

In Dtl. waren 2001 ca. 20.000 Insolvenzen, in 2002 ca. 27.000 und in 2003 werden 40.000 bis 44.000 erwartet. Nicht nur, dass Deutschland in der Pisa Studie in beschämendes Ergebnis hinlegte, die Wirtschaftssituation wirkt sich in 2003 bereits auf ganz Europa belastend aus.

So gehen Unternehmen beispielsweise in Südeuropa und Ungarn in die Insolvenz, weil eine Auftragsfertigung für deutsche Firmen nicht mehr möglich ist.

Wie auch jeder Bürger nach Gründen außerhalb seiner Verantwortlichkeit sucht bzw. nur solche angibt, benennen Politiker NICHT die tragenden Hauptgründe, welcher in ihre Verantwortlichkeit fallen, sondern lächerlich triviale Randgründe/-Erscheinungen und bieten logischer Weise nur Lösungen in Zusammenhang damit an, was nicht zu einer wirklichen Ver-/Abänderung bzw. Besserung führt.

Grundproblem: jede Partei agiert nur mehr von Legislaturperiode zur nächsten. Wenn von einem Politiker ein drängendes, unpopuläres oder langfristig angelegtes Problem angesprochen wird und er die Notwendigkeit einer Lösung anmahnt, wird diese Unpopularität des Problems dazu verwendet, diesen Politiker zu diskreditieren. Die vorgelebte AugenVerSchließungsTaktik vor allem Unangenehmen führt auch dazu, dass das Gros der Bevölkerung ebenfalls diesen Politiker diskreditiert, welcher etwas im Sinne und für die Zukunft des Landes bewegen will – solcherlei Verhalten rächte sich irgendwann, es ist nur die Frage, ob wir oder unsere Kinder diese „Suppe auslöffeln“ müssen.

Auch dann wenn einem Bürger die Nachbarn und das Land (bzw. das Nachbarland, unter Missachtung der internationalen engen wirtschaftlichen Verflechtungen und <negativen> Rückwirkungen auf den eigenen Job) völlig egal ist, so verbindet ihn / sie doch die Liebe zur eigenen Familie und den Kindern – schon allein diese Liebe zur eigenen Familie und den Kindern müsste dazu dienen, den eingeschlagenen Weg zu überdenken und die Konsequenzen für die eigene Familie und die Kindern zu berücksichtigen – doch ist es so viel einfacher für Bürger und Politiker alles zu

ignorieren und zu denken: die Anderen (Arbeitsgruppen / - Gemeinschaften, Sachverständige, Wissenschaftler, ...) und die Politiker werden es schon richten, dafür wurden sie gewählt und dafür werden sie bezahlt – wie welt- und wirklichkeitsfremd !

Es mag eine kurzfristige Lösung bei nicht ausreichender Kapitaldecke sein, ein Teil des Landes auszuverkaufen – aber die langfristigen Folgen sind dramatisch und weitreichend für jeden einzelnen Bürger, der die Zeche zahlen muss (Ausverkauf von Ungarn: zuerst die Landwirtschaft, dann die Industrie und nun steht das Gesundheitswesen an: Großkonzerne sollen Kliniken kaufen dürfen; dann wäre es vorstellbar, dass unter vollkommen falschen und rein nach Unternehmensprofit angelegten Gesichtspunkten die Ausrichtung der Klinik und die Investitionen erfolgen, zum Nachteil der Kosten für die Bürger und ihre gesundheitliche Versorgung).

Der meiner Ansicht nach nicht mehr aufzuhaltende wirtschaftliche Niedergang Deutschlands (d.h. ich glaube nicht, dass – wenn überhaupt – innerhalb 1 Dekade der frühere Leistungsstand wieder erreicht werden kann) hat – wie alles – mehrere Ursachen.

Einige der Ursachen liegen in den

1. Sozialkosten
2. Bevölkerungspolitik
3. volkswirtschaftliche Kosten

Dazu gehören die Unterrubriken

- Scheidung(spolitik)
- Verkehrspolitik

Bevölkerungspolitik:

die geringe Geburtenrate (die historisch gesehene deutsche Bevölkerung dürfte ebenfalls wie die historisch gesehene ungarische unter 1 Kind / Frau liegen, da der Durchschnitt durch Zuwanderer angehoben wird und bei den Erhebungen die Abstammung nicht berücksichtigt wird: sog. Ostausiedler aus Russland evtl. Südeuropäische Bürger und in Ungarn durch Sinti & Roma = Zigeuner)

in Deutschland führt dazu, dass Ostausiedler dieses kompensieren sollen; allerdings tragen diese zum größten Teil nicht zum Bruttosozialprodukt bei, sondern sind wegen abgebrochener Schulausbildung vielfach arbeitslos.

Südeuropäische Bürger ziehen zurück in ihr Heimatland und nehmen das Ersparte mit.

Sozialkosten:

bei Berücksichtigung der Frührentner, derjenigen, welche aufgegeben haben und sich nicht mehr arbeitslos melden, den Sozialhilfeempfängern, haben wir mehr als 10% Arbeitlose – also min. 9 Millionen Deutsche, die nicht nur leben, sondern auch medizinisch versorgt sein wollen.

Die arbeitende & produzierende Bevölkerung muss fünf Gruppen finanzieren:

- das Heer der Beamten und Politiker

- die Arbeitslosen inkl. den Ostausiedlern
- die heranwachsende Generation: die Kinder
- die Rentner
- sich selbst und die eigene Familie

Jeder Arbeitnehmer kostet den Arbeitgeber min. das 1,6 seines Bruttolohns; der Arbeitnehmer bekommt ca. 40% ausbezahlt – d.h. ein Arbeitnehmer bekommt ¼ seines volkswirtschaftlichen Ertrages / -Leistung ausbezahlt – die immens hohen volkswirtschaftlich zu berücksichtigenden Sozialkosten machen deutsche Waren am Weltmarkt unbezahlbar und reduzieren die Binnennachfrage.

Ungarn exportiert 80% seiner Wirtschaft (die hohen Importe können zu einem gefährlichen Außenhandelsdefizit führen); durch die extrem geringe innerdeutsche Binnennachfrage arbeitend die Industrie auf „Pump“ durch eine noch funktionierenden Export – allein darauf kann die Industrie nicht ihre Zukunft aufbauen und ist damit genauso wie Ungarn extrem anfällig / abhängig.

Die geringe innerdeutsche Binnennachfrage resultiert aus fehlendem Vertrauen in die Zukunft (Job-Verlust) - auch in die Politik - und dem Ziel eine Reserve zu haben, wenn der Job weg ist – ohne Konsum wird jedoch exakt dieses eintreffen (siehe „selbsterfüllende Prophezeiung“).

Zudem werden in solch „unsicheren Zeiten“ weniger Kinder in die Welt gesetzt, denn Kinder bekommen heißt, Vertrauen in die Zukunft – auch dass die Kinder eine lebenswerte haben - zu besitzen.

Die Unsicherheit + Insolvenzen werden maximiert durch Basel II:

unsicheren Zeiten bewirken ein vorsichtigeres Agieren der Bürger (Sparen), Unternehmer (Einsparungen) und auch der Banken – daher kam Basel II eben jetzt. Wenn jedoch schon generell jedes IT Unternehmen nur wegen der Sparte kein KK mehr bekommt oder bei geringstem Anlaß die Kreditlinie gestrichen wird, sind viele tausend der gemachten / kommenden Insolvenzen unnötig und „hausgemacht“ – aber es kommt auch von der Politik kein positives Signal.

Zu den volkswirtschaftliche Kosten gehört auch die Verkehrspolitik: man geht in Deutschland von 220 Arbeitstagen pro Arbeitnehmer aus. wie viele seiner Arbeitstage verbringt jeder Arbeitnehmer im Stau ?

- dabei sagte die SPD in NRW vor einigen Jahren aus: ***Autofahren muß unattraktiv werden und die Staus noch viel länger, damit auf die Bahn umgestiegen wird !***

Unsere Wirtschaft lebt von der / durch die Beweglichkeit !

Der volkswirtschaftlicher Schaden ist immens; wenn beispielsweise 15% der Arbeitszeit im Stau gestanden wird zzgl. der Fahrt zu und vom Arbeitsplatz, ist die unproduktive Zeit bei 15% = 33 Tage / Jahr, wobei auch die unproduktive Zeit bezahlt werden muss und dies die Herstellungskosten verteuert - Dtl ist auch so schon zu teuer am Weltmarkt.

Die Scheidungs- und Unterhalts(kosten)politik bestraft jeden Mann / Vater und macht jede Nicht-Schwarzarbeit unattraktiv; zudem werden beispielsweise unbezahlbar (Werk

stattstundenlohn ca. 70 Euro für einen Handwerker / Mechaniker, der dann Netto ca. € 15 erhält).

Daher bin ich der Meinung, dass die jetzige und sicherlich wesentlich länger als alle vorherigen in dem ~ fünfzigjährigen Bestehen der BRD andauernde Wirtschaftskrise auch auf solcherlei Versäumnisse und rein ideologisch aber nicht ökonomisch zu begründende (rechtfertigenden ?) Dogmen mit beruht.